

Dresdner Volkszeitung

Verlagsort: Leipzig.
Verlag: Nr. 206/3.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verlag: Nr. 206/3.
Verlag: Dresden.

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1,00 M. Durch die Post bezogen wöchentlich 3,00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Leberreich 4,00 M. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zeitungsplatz 10. Tel. 25 251.
Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Zeitungsplatz 10. Tel. 25 251.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Insertate werden die 7spaltige Zeitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 259.

Dresden, Mittwoch den 7. November 1917.

28. Jahrg.

Wiederaufleben der Krise

Neue Verwirrungen.

Unsere innerpolitische Entwicklung scheint sich nach dem Wähler der Eaternacher Springprojektion zu vollziehen. Raum sind ein paar Schritte vorwärts gemacht worden, so geht es wieder ein paar Sprünge rückwärts. Es schien so, als ob die innerpolitische Krise, die nun schon seit dem Juli d. J. andauert, mit der Ernennung des Grafen Hertling endlich beigelegt sei. Aber es hat nicht sollen sein. Nun sind wir wieder in einem argen Konflikt drin. Es ist in der Öffentlichkeit als feststehend angesehen worden, daß Graf Hertling bereit ist, den nationalliberalen Geheimrat Dr. Friedberg zum stellvertretenden Ministerpräsidenten in Preußen zu ernennen und außerdem zwei Fortschrittler in leitende Posten zu berufen. Inzwischen haben irgendwelche Einflüsse eingeleitet, die den Grafen Hertling davon abgehalten haben, die Ernennung von fortschrittlichen Abgeordneten zu Ministern durchzuführen. Die Folge davon war, daß Geheimrat Friedberg, der sich bereits zur Ueberrahme des Postens des stellvertretenden Ministerpräsidenten in Preußen bereit erklärt hatte, gebeten hat, von seiner Ernennung Abstand zu nehmen. Nach den vorliegenden Meldungen sind sich die Vertreter der Mehrheitsparteien darüber einig, daß sie auf der Ernennung von Fortschrittler zu Ministern bestehen bleiben, und wir haben also wieder eine Krise. Nach einer alternativen Meldung ist der Plan aufgetaucht, ein Staatssekretariat für die besetzten Gebiete zu schaffen, das einem Fortschrittler, der dann gleichzeitig vormaliger Staatsminister würde, übertragen werden soll.

Die Vorgänge, die sich da vollziehen, sind im höchsten Grade unerfreulich. Es wäre wünschenswert, daß die deutsche Volksgemeinschaft, die im Zustand der politischen Unsicherheit, der jetzt schon seit Monaten anhält, endlich beseitigt wird. Gewiß hat die politische Krise nicht verhindert, daß wir auf den Schlachtfeldern einen Erfolg nach dem anderen errungen haben. Aber es muß die größte Bestimmung im deutschen Volk ergehen, daß es immer noch nicht weiß, woran es politisch ist. Es sind ihm allerdings Versprechungen gemacht worden, aber es will nun auch sehen, daß ihm die Durchführung dieser Versprechungen gesichert ist. Die Verschleppungsmethoden, die bereits beim preußischen Wahlrecht gemacht werden, zeigen, daß sehr starke reaktionäre Mächte, die noch immer vorhanden sind, alles versuchen werden, das deutsche Volk um jeden politischen Fortschritt zu betrügen. Das deutsche Volk dürfte nicht gewillt sein, dem Rat der schlauen Leute zu folgen, die ihm einreden wollen, es wolle auf die Erfüllung der ihm gemachten Versprechungen geduldig warten, bis der Krieg beendet sei. Gerade keine Weisheit hat zu oft gezeigt, daß die Wähler um die Erfüllung der schönsten Versprechungen, die ihnen in der Stunde der Not gemacht wurden, nachher betrogen werden. Um aber auch nur einige Sicherheit darüber zu haben, daß endlich mit der verordneten Neuorientierung Ernst gemacht wird, brauchen wir eine Reichsregierung, die durch ihre Zusammenlegung die Sicherheit dafür bietet, daß nun endlich die Reformen, auf die das deutsche Volk Anspruch hat, durchgeführt werden.

Die Parteien des Reichstags sind nicht daran schuld, wenn die anscheinend endlich beendete Krise nun wieder ausbricht. Niemand kann behaupten, daß sie übertriebene Ansprüche gestellt haben, und besonders die Sozialdemokratie war bereit, große Bescheidenheit walten zu lassen, damit endlich ein Ausweg aus den politischen Schwierigkeiten, in denen wir drin stecken, gefunden wurde. Man hat sich damit abgefunden, daß Graf Hertling zum Reichskanzler berufen wurde, ein Mann, dessen konsequente gerichtete Bestimmung bekannt war und dessen Persönlichkeit allein keine Garantie dafür bietet, daß mit Energie eine Politik getrieben wird, die die berechtigten Wünsche des deutschen Volkes zu erfüllen sucht. Da war es jücker nicht zuviel verlangt, wenn die Ernennung von zwei fortschrittlichen Parlamentariern zu Ministern gefordert wurde. Und nun macht auch die Erfüllung dieses bescheidenen Wunsches Schwierigkeiten. Man hat in diesem Kriege dem deutschen Volk wahrlich viel zugemutet. In einer Zeit, wo keine Männer und Jünglinge draußen auf den Schlachtfeldern bluteten, hat man seine politische Freiheit durch eine oft sehr beschränkt ihres Amtes waltende Zensur und durch die Beschränkung des Vereins- und Versammlungsrechts eingeschränkt. Die breiten Massen sind durch die Vergrößerung der Nahrungs- und Mittelproduzenten, die zu einer unheimlichen Teuerung geführt hat, geplagt worden, und man hat nicht verhindern können, daß sich ein erbärmlicher Wucher breitgemacht hat.

Unter diesen Umständen liegt wirklich aller Grund vor dem deutschen Volk nicht eine neue Belastungsprobe aufzuwerfen, in der man keine bescheidenen politischen Wünsche vereitelt. Die Massen des deutschen Volkes haben in diesem Kriege Hervorragendes geleistet, und sie dürfen sich durch nichts von der Forderung abbringen lassen, daß ihnen mindestens die politischen Rechte zugebilligt werden müssen, die andere Völker schon längst haben. Dazu kommt ja noch, daß nicht-überwundene die Schaffung freier politischer Zustände in Deutschland geeignet ist, die Herbeiführung des Friedens zu erleichtern. Gewiß ist es unsere Sache, darüber zu bestimmen, wie wir

Heftiges Ringen um das Dorf Paschendaale. Fortsetzung der Verfolgung in Italien.

(M. I. B.) Amlich Großes Hauptquartier, den 7. November 1917.

Westlicher Kriegsschauplatz.

In Mäandern wurde gestern erbittert gekämpft. Nach dem gewaltigen Trommelsturm am frühen Morgen, traten englische Divisionen von Poelcapelle bis zur Bahn Spenn-Houster und gegen die Höhen von Bevelere und Oberwelt zum Sturm an. Nördlich von Paschendaale brach der Angriff in unserem Abwehrfeuer zusammen. In Paschendaale drang der Gegner ein. In heftigen Ringen wurde ihm der Ortteil des Dorfes wieder entzogen. Gegen Mittag führte der Feind weitere Kräfte in den Kampf. Sie konnten die Einbruchsstelle bei Paschendaale nur örtlich erweitern. Unsere Stellung läuft am südlichen Vorrande.

Der gegen die Höhen von Bevelere und Oberwelt mit starken Kräften gerichtete Ansturm geschickte mehr schon vor unseren Linien. Eingedrungen Feind wurde im Nahkampf übermächtig. Die Wirkung unserer Vernichtungswaffen hielt später sich vorbereitende Angriffe nieder.

Auf dem Schlachtfelde dauerte der harte Artilleriekampf bis in die Nacht hinein an.

Bei den anderen Krümmen der Westfront lebte die Artilleriekämpfe seit an diesen Stellen auf und heizerte sich besonders auf dem südlichen Kanal-Flur und zeitweilig im Sandgau zu großer Heftigkeit.

Östlichen Kriegsschauplatz

und an der
Wagendonischen Front
keine größeren Kampfhandlungen.

Italienische Front.

Im Gebirge und in der Venetianischen Ebene wird die Verfolgung fortgesetzt. Einige Tausend Gefangene sind eingebracht worden.
Der erste Generalquartiermeister: Lubendorff.

Der Konflikt in Petersburg.

Petersburg, 6. November. (Meldung der Petersburger Telegramm-Agentur.) Nach ergänzenden Meldungen hat sich der Streitfall zwischen dem revolutionären militärischen Ausschuss, der jüngst vom Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat geschaffen war, und dem Generalstab des Militärbezirks der Hauptstadt folgendenmaßen abgeklärt:

In der Nacht vom 4. November erschienen die Mitglieder des Ausschusses bei dem Generalstab und verlangten das Recht, alle seine Befehle zu kontrollieren und an seinen militärischen Beratungen teilzunehmen. Der Oberbefehlshaber der Petersburger Truppen, Oberst-Kolonnikoff, lehnte dieses Ansinnen ab. Der Arbeiter- und Soldatenrat trat daraufhin alsbald eine Versammlung von Abgeordneten der Garnison ein, die an alle Regimenter durch Fernsprecher ein Telegramm verschickte, das den Soldaten die Haltung des General- und Soldatenrats infolge der widergesetzlichen Haltung des Generalstabs, der den revolutionären militärischen Ausschuss nicht anerkennen sollte, der den revolutionären militärischen Ausschuss nicht anerkennen sollte, mit dem Generalstab drehe, der den jetzt an als eine der demokratischen Revolutionen betrachtet werde. Das Telegramm befragte die Truppen hätten einzig solchen Befehlen zu gehorchen, die vom revolutionären militärischen Ausschuss unterschrieben seien. Zugleich veröffentlichte der revolutionäre Ausschuss einen Aufruf an die Soldaten, die Arbeiter und die Bevölkerung der Hauptstadt, in welchem angefordert wird, daß der Ausschuss der militärischen Leitung der wichtigsten Punkte Petersburgs und seiner Umgebung besonders beauftragt er-

namt habe, die der Ausschuss hiermit für unüberleglich erklärt. Nachdem die Vorläufige Regierung von diesen Verhandlungen des Ausschusses Kenntnis genommen hatte, forderte sie ihn auf, den Inhalt des Telegramms als null und nichtig zu erklären. Der Ausschuss lehnte die Erfüllung dieser Aufforderung ab und beschloß, ihr Widerstand zu leisten. Zu diesem Zwecke ließ der Arbeiter- und Soldatenrat Truppen mit Maschinengewehren zu seinem Versammlungsorte kommen. Die Vorläufige Regierung schickte den Befehl, den Ausschuss nicht zu den Waffen ihre Zustände zu nehmen, da sie hoffe, den Streitfall schließlich beilegen zu können. Am 5. November abends entschied sich eine Vollversammlung der Vorläufigen Regierung dahin, den Ausschuss als eine ungesetzliche Einrichtung zu betrachten, und forderte den Justizminister auf, seine Mitarbeiter gerichtlich zu verfolgen, und beauftragte den Militärbehörden, alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, falls eine Revolte gegen die Regierung erfolgen sollte.

Petersburg, 7. November. Nach einer Meldung der Petersburger Telegramm-Agentur hat der militärische Ausschuss des Arbeiter- und Soldatenrates infolge militärischer Maßnahmen des Militär-gouverneurs von Petersburg die Verhandlungen zur Beilegung des Konfliktes abgebrochen und seinen Truppen den Befehl gegeben, der Regierung nicht zu gehorchen. Gegen 5 Uhr abends gab die Regierung den Behörden Befehl, die Brücke zwischen dem Arbeiterviertel und dem Zentrum der Hauptstadt zu zerstören. Die Stadt wird von den der Regierung treuen Truppen militärisch bewacht.

sich mit beiden Höhen auf den Boden des Reichstagsbeschlusses vom 19. Juli zu stellen. Er war aber kaum 48 Stunden im Amt, da hatte er auch schon seinen Anzug weg. Die berühmten Worte „So wie ich sie ansetzte“ waren das höhere Zeichen einer Umwandlung, die sich binnen kürzester Zeit vollzogen hatte. Kaum das er wachte, war auch der erste Reichskanzler auf die unumgängliche militäre Ante gerückt, und da es ihm an der Erfahrung und Geschicklichkeit Bethmanns fehlte, so war in 105 Tagen seine Kanzlerherrlichkeit zu Ende.

Und nun kam Hertling. Ein Mann von größerem politischen Format als der unglückliche kleine Geheimrat, der sein Amt vorzuziehen war. Durch Stand, Alter, parlamentarische Erfahrung und staatsmännischen Auf, durch seine Stellung als alter Führer der rechten Fraktion des Reichstags, erschien Hertling viel härter, viel geeigneter, einen entscheidenden politischen Willen gegen alle Widerstände durchzusetzen. Und doch scheint auch Graf Hertling schon wieder am Ende seines Lebens angelangt zu sein. Er, der sich mit dem Gedanken trug, seine Regierung sogar mit ein paar Sozialdemokraten auszuweisen und der sich in dem Glauben wiegte, er habe bei der Wahl seiner Mitarbeiter völlig freie Hand, kann jetzt augenscheinlich nicht einmal die Ernennung zweier Fortschrittler durchsetzen.

Präsidentert sich Graf Hertling am 22. November dem Reichstag ohne fortschrittliche Mitarbeiter, vielleicht gar noch mit Herrn Helfferich zur Seite, dann wird er vielleicht eine wohlgeleitete Erklärung abgeben, in der er alles verspricht, was die Mehrheit in sachlicher Begehung von ihm verlangt hat, aber ob er es halten kann, wird sehr fraglich sein, wenn er gleich bei der ersten Probe, nämlich bei der freien Auswahl seiner Mitarbeiter, versagt hat.

Die Lösung der Krise war diesmal da, wenn sich nicht im letzten Augenblicke Kräfte eingedrängt hätten, die diese Lösung nicht wollten. Und das sind unsere politischen Zustände, in das wir zurückzuerstehen drohen, rührt nicht daher, daß kein Reichskanzler mit dem Reichstag einig werden kann, sondern daher, daß alle Reichskanzler entgegen ihrem eigenen Willen an dieser notwendigen Einigung verhindert werden. Es hängt von der Energie der Reichstagsmehrheit und der Festigkeit des neuen Reichskanzlers ab, ob die Gefahr die für die ruhige innere Entwicklung drohend ausgetaucht ist, beseitigt werden kann.

Drohender Rückschlag.

Dem Grafen Hertling beginnt es zu crachen, wie vor ihm dem Dr. Michaelis und vor diesem dem Herrn v. Bethmann-Hollweg. Alle drei Kanzler, die wir bisher in diesem Kriege erlebt haben, hatten das Bestreben, im Übereinstimmung mit dem Reichstag zu regieren, und wenn ihnen dies nicht gelang, so lag das weder an dem bösen Willen des Reichstags noch an ihrer eigenen Verzagung, die etwa jener der Mehrheit entgegen gewesen wäre. Herr v. Bethmann-Hollweg wäre bereit gewesen, nicht aus äußerem Zwang, sondern nach eigener Überzeugung eine Politik im Sinne des Reichstags zu treiben. — Er konnte sich eine Politik im Sinne des Reichstags nicht leisten, weil er glaubte, auf andere Kräfte Rücksicht nehmen zu müssen. Er versuchte also einen Tanz auf der mittleren Linie, bei dem er fiel. Dann übernahm Herr Michaelis das Amt in der treuherrlichen Absicht,